

Rückenwind und Gegenwind

Sachverständige nehmen Windkrafterlass unter die Lupe

6. April 2011 – Die Landesregierung will die Rahmenbedingungen für einen höheren Anteil der Windenergie an der Stromproduktion verbessern. Dazu hat sie einen neuen Windkrafterlass vorgelegt, den die FDP-Fraktion kritisiert (Drs. 15/1323). Sie fürchtet, dieser berücksichtige Anwohnerinteressen nicht ausreichend und schränke die kommunale Selbstverwaltung ein. Beides gefährde die Akzeptanz erneuerbarer Energien. Im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Vorsitz Friedhelm Ortgies, CDU) haben sich Sachverständige zum Erlass und zum FDP-Antrag geäußert.

Das Ziel, die Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien zu forcieren, unterstützten alle Sachverständigen. Einige sahen aber aus unterschiedlichen Gründen noch Nachbesserungsbedarf beim Windkrafterlass.

Der Erlass könne den Behörden keine Rechtssicherheit geben, denn Gerichte seien nicht daran gebunden, erklärte Andreas Lahme vom Landesverband WindEnergie. Auch Prof. Dr. Martin Beckmann verstand den Erlass eher als politische Absichtserklärung, weswegen dieser die kommunale Selbstverwaltung nicht beeinträchtige. Es komme bei der tatsächlichen Umsetzung auf die Ebene der Regionalplanung an, meinte er. Dementsprechend wünschten sich Vertreter der kommunalen Spitzenverbände konkretere Vorgaben, welche Regelungen verbindlich seien.

Die Sachverständigen diskutierten ebenso Chancen des Repowering, worunter man den Ersatz älterer durch neuere Anlagen versteht. Jan Dobertin von der Landesarbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energie NRW erklärte, allein dadurch, dass man die rund 2.800 Windkraftanlagen in NRW durch neue ersetze, lasse sich das Ziel der Landesregierung erreichen, nämlich die Windkraft bis 2020 auf 15 Prozent der NRW-Stromproduktion zu verfünffachen. Ökonomisch und ökologisch sinnvoll sei das Repowering allerdings erst in etwa fünf Jahren, schränkte der Rechtsanwalt Thomas Mock ein. Elmar Reuter vom Sauerländer Heimatbund zeigte sich besorgt, dass größere Anlagen das

Landschaftsbild zu stark beeinträchtigen könnten. Er sprach sich dafür aus, eher neue Standorte für Windräder auszuweisen und dabei eine möglichst unzerstörte Landschaft zu erhalten.

BÜRGERBETEILIGUNG

Bürgerinnen und Bürger könnten sich durchaus für Repowering begeistern und auch neue Anlagen akzeptieren, berichtete Frank Brösse von der Stadtwerke Aachen AG. Man müsse sie nur beteiligen. Erfahrungen habe Aachen beispielsweise mit Wind-Sparbriefen oder mit einem GbR-Modell (Gesellschaft bürgerlichen Rechts) gemacht, wobei Privatpersonen zu Gesellschaftern würden. Von positiven Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung konnte auch Guido Wallraven aus der „Klimakommune NRW“ Saerbeck berichten. Eine örtliche Genossenschaft plane, von sieben Windrädern mindestens eines zu betreiben, die Gemeinde selbst ebenfalls. Bürgerbeteiligungen funktionierten nicht wegen erwarteter Profite, wandte der Sauerländer Elmar Reuter ein, sondern aufgrund von frühzeitiger Kommunikation, Information und Transparenz den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber.

Dr. Franz-Joachim Weyers von der Bürgerinitiative Aktion Gegenwind unterschied zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, die sich an solchen Projekten beteiligten, und solchen, die unmittelbar betroffen seien. Für letztere über-

wögen die Störungen durch die Windkraftanlagen mögliche wirtschaftliche Gewinne deutlich. Er veranschaulichte, dass es hier um Anlagen so hoch wie der Kölner Dom gehe – nur dass sie oben nicht spitz zuliefen, sondern quasi ein rotierendes Fußballfeld an ihrer Spitze hätten. Gesundheit bedeute auch seelisches und geistiges Wohlbefinden, was in direkter Nachbarschaft solcher rotierender Großanlagen nicht gegeben sei, führte er aus.

Auch Windräder im Wald waren Gegenstand der Diskussion. „Im Wald wohnt nur der Förster und ansonsten die Tiere“, wandte sich Hermann Norff vom Bundesverband Landschaftsschutz gegen Anlagen im Wald. Paul Kröfges vom Naturschutzverband BUND präziserte, dass alte Wälder und Mischwälder dafür auch aus Naturschutzsicht nicht in Frage kämen, sondern nur Nadelwald-Monokulturen. Hinsichtlich des Landschaftsbilds spreche allerdings einiges für den Wald als Windrad-Standort, meinte Klaus Schulze-Langenhorst vom Landesverband WindEnergie: Hier würden sie weniger auffallen als auf freier Fläche.

Auch mit Blick auf Arbeitsplätze sprachen sich einige Sachverständige für Rückenwind für die Windkraft aus. Dr. Norbert Allnoch vom Internationalen Wirtschaftsforum Regenerative Energien bezifferte beispielsweise die Arbeitsplätze in der nordrhein-westfälischen Windenergie-Branche und der entsprechenden Zuliefererindustrie auf rund 10.000 und sah weitere Potenziale.

SOW